

### Nach Hilferdings Rezept

Thüringische Gemeinde führt die Kopfsteuer ein

Der Stadtrat von Ohrdruf in Thüringen beschloß die Erhebung einer Haushaltssteuer, die in gleicher Höhe von acht Mark von allen Einwohnern erhoben werden soll. Steuerpflichtig ist der Haushaltungsvorstand. Da das Thüringische Ministerium gegen das Ortsgesetz keinen Einspruch erhoben hat, ist es bereits veröffentlicht und in Kraft getreten.

### Stahlhelmführer unterschlägt Bankgelder

Der bei der Magdeburger Bank Salge und Schellert als Prokurist tätige Willi Schühe, der Mitglied der Gauleitung Ost des Magdeburger Stahlhelms ist, hat bei der Bank über 150.000 Mark unterschlagen. Die Unterschlagung wurde erst entdeckt, als dieser Faschistenhüpfkasper aus seinem Tätigkeitsbereich künftigen wollte. Sein Monatsgehalt reichte ihm nicht aus, da er als Sechtes "Frontoffizier" eine luxuriöse Wohnungseinrichtung, ein eigenes Auto und sonst noch allerhand zum Leben gebräuchte.

## Gebering schafft Material fürs Parteiverbot

Blutige Naziprovokationen und neuer Dokumentenschwindel!

Berlin, 30. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die in der letzten Zeit planmäßig betriebenen Provokationen der Nazis haben am Sonnabend und Sonntag an verschiedenen Stellen Berlins zu scharfen, blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern geführt. Am Sonnabend gegen 22 Uhr überfielen in Tempelhoof ungefähr 35 Nationalsozialisten, mit Revolvern und Stahlruteln bewaffnet, sechs Arbeiter und gaben Schüsse ab. Dadurch, daß sich die Arbeiter zur Wehr setzten, wurden Nationalsozialisten verletzt. Die von den Nazis herbeigeholte Polizei verhaftete zwei Arbeiter, die der Abteilung 1 a der Berliner Polizeipräsidenten zugeteilt wurden. Ein anderer Zusammenstoß ereignete sich in der Oranienstraße am Sonntagmittag gegen 17 Uhr, wobei nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen angeblich wieder nur Nationalsozialisten verletzt wurden. Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich in Charlottenburg zwischen

Nationalsozialisten und der Antifaschistischen Jugend Garde, wobei ebenfalls von den Nazis geschossen wurde. Einer der Arbeiter mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die von den Nazis herbeigeholte Polizei verhaftete 11 Arbeiter. Zu einem vierten Zusammenstoß kam es in der Nacht vom Sonntag zum Montag in der Nähe des Sörlinger Bahnhofs.

Die Nationalsozialisten hatten die Freiheit, die als Verkehrslokal der Kommunisten bekannte Wirtschaft vorher anzutelefonieren und ihren Überfall anzukündigen.

Die im Vorfeld anwesenden Arbeiter setzten sich zur Wehr und trieben die Nationalsozialisten zurück. Anmerkung: Nachdem die Nazis von der Schutzpolizei Gebrauch, wobei ein Arbeiter einen Kopfschuß, ein zweiter einen Bauchschuß und zwei weitere Arbeiter Beinwunden erlitten. Nach in diesem Falle ging die von den Nationalsozialisten herbeigeholte Polizei gegen die sich zur Wehr setzenden Arbeiter vor.

Es handelt sich bei all diesen Zusammenstößen um planmäßig vorbereitete Provokationen der Nationalsozialisten, wobei eine enge Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Polizei unverkennbar ist. — Durch diese Provokationen, bei denen sich die Arbeiter selbstverständlich zur Wehr setzten, soll der Boden für schärfes Vorgehen gegen die Kommunisten und für das Verbot der Kommunistischen Partei vorbereitet werden. Die bürgerliche Montag-Presse fordert ganz offen zum schärfsten Vorgehen gegen die KPD auf. Der "Süddeutsche Montag" schreibt wörtlich:

„Die gerade von sozialdemokratischer Seite gemachten Enthaltungen über Absichten der Kommunistischen Partei, einen Erwerbslosenaufruf in Berlin, Hamburg und einigen anderen Städten Deutschlands zu propagieren, sind nur ein Teil des Planes, mit dem die Kommunistische Partei die Öffentlichkeit und die für den Ernstfall in Betracht kommenden Gegner gleichzeitig reizen und beunruhigen will.“

Es wird erwartet, daß die gegenüber der Kommunistischen Partei bisher zu viel Rücksicht geübt, und wenn die Polizei jetzt nicht mit äußerster Schärfe vorgeht, werden die Reichsregierung und die einzelnen Länderregierungen schließlich vor einer kommunistischen Bewegung, der sie nicht mehr Herr werden könnten. Auch die parlamentarische Welt am Montag“ schlägt ähnliche Töne an. Es besteht eine Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten gegen die Kommunistische Partei, und die sozialdemokratischen „Enthaltungen“ als Folgekammer der nationalsozialistischen Provokationen sind das Vorbild für das Verbot der KPD.

### Neuer Dokumentenschwindel!

In diesem Zusammenhang müssen die neuen, von einem Teil der bürgerlichen Presse in journalistischer Aufmachung gebrachten „Enthaltungen“ über ein „Streng vertrauliches Rundschreiben des Organisationsbüros des Zentralkomitees der KPD in Berlin“ betrachtet werden. Dieses „Geheimdokument“, nach bewährter Spiegelmethode angefertigt, ist angeblich vom Genossen Obuch gezeichnet, kein „Original“ wird im demokratischen „Samburger Anzeiger“ publiziert.

Eine keine Auswahl von den dort stützten „Anweisungen“ genügt, um den Charakter dieses Dokumentes erkennen zu lassen. Da wird in kommunistischen Kreisen von der „Schaffung leistungsbewusstester und hochproduktiver Gruppen“ gesprochen. Wie sich über Reichswehr, Polizei und Besatzung informieren und demoralisierende, zersetzende Agitation unter den Reichswehrsoldaten und der Polizei betreiben sollen.

Am 12. Januar wird die Zentrale zu einem Generalkongress des Kurierdienstes aufrufen... Die Zeit ist günstig für uns, sagt uns Obuch. Die Tage des Handelns sind gekommen. Wir erwarten von euch, daß jeder seine Pflicht bis zum Äußersten tut.“

Wer stützt dies deshalb, weil jeder, der den Einfluß kommunistischer Rundschreiben kennt, daraus erkennen kann, daß es sich um das typische Madagaskar eines Dokumentenschwindlers handelt. Zur Sache kann man noch bemerken:

1. Seit 1925 gibt es kein „Organisationsbüro des Zentralkomitees“ mehr, sondern ist jenseits der Arbeiterstellung als auch Benennung eine vollkommenere Nennung eingetreten.

2. Genosse Rechtsanwalt Obuch teilt mit, daß er selbstverständlich niemals dieses oder ein ähnliches Schriftstück unterzeichnet hat.

Gerade bei der Unterzeichnung Obuchs scheint dem Schmelz seine ausgesprochene Dummheit einen besonderen Bereich gelohnt zu haben, denn Genosse Obuch hat gar nichts mit den Organisationsarbeiten zu tun, sondern ist einer der meistbeschäftigten Rechtsanwälte der Partei, dem die Verdrückung der von der Klassenpolitik verfolgten proletarischen politischen Anordnungen obliegt.

Das ganze Rundschreiben ist von A bis Z eine alberne und plumpe Fälschung. Wenn die gesamte bürgerliche Journaille die das natürlich auch genau weiß, diese Fälschung trotzdem so groß aufweist, so hat das eben einen bestimmten Zweck.

Die nachdrückliche politische Kampfbewegung, die in den letzten Wochen besonders in den fürmlichen Erwerbslosen-Kundgebungen einen bezeichnenden Ausdruck findet, verleiht die Bourgeoisie in Schrecken. Sie fühlt den nachdrücklichen Einfluß der Kommunistischen Partei und bereitet ihre gemessene Unterdrückung vor. Herr Gebering braucht Material fürs Republikungsgeschäft, das man noch im Januar im Reichstag durchzusetzen will. Da bekommen die deutschen Orloffs Arbeit. Dokumentenschwindler vor die Front! Der Geist des Scheinpolen-Scheiters geht um.

Und die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und Minister sind so tief gekunkelt, daß sie sich den Fällbergelindeln und kleiner Nachwerke bedienen, nur um die verhasste revolutionäre Bewegung niederzutrampeln zu können. Die aber wird über die Fällbergel und ihre hohen Protektoren zur Tagesordnung übergeben!

### Deutscher Polizeiterrror im befohlen Gebiet gegen Erwerbslose

In Kaiserlautern in der Pfalz verbot der Bürgermeister eine vom Erwerbslosenaufruf einberufene Kundgebung mit der Begründung, daß diese so doch nur die Erlangung einer Weihnachtsbeihilfe bezwecke und daß nach den Erfahrungen früherer Jahre ein unmittelbarer Druck auf die Stadtverwaltung ausgeübt werden solle. Das ganze Stadtzentrum war voll Polizei, Gendarmen und Spigel, und im Interesse der „Scheitlichen“ Stadtverwaltung wurden nicht nur Erwerbslose, sondern auch sonstige Personen rücksichtslos von der Polizei von der Straße vor dem Stadthaus weggespielt. Dem kommunistischen Genossen wurde wieder das Wort zur Geschäftsordnung, nach bei der Bürgermeisterwahl das Wort erteilt, so daß die unter Protest den Stadt verließen und den unerschrockenen Arbeitern ihre volle Unterstützung durch das Parlament versichert, erbeten.

## Nationalsozialisten und SPD gegen die revolutionäre Opposition

Berlin. In der Knorr-Bremse, Berlin, in der bekanntlich die gewerkschaftliche Opposition bei den Betriebsratswahlen seit langen Jahren wieder einen starken Vortritt machte, zeigt sich jetzt ein liebliches Zusammenspiel zwischen National- und Sozialfaschisten. Bei der Abstimmung über den Vorsitzenden des Betriebsrats, sowie bei der Abstimmung der anderen durch die Arbeiterräte zu bezeichnenden Funktionen stimmten, um die Opposition aus allen Funktionen auszuschalten, abwechselnd Sozial- und Nationalfaschisten für einander und stellten so eine Einheitsfront der Sozial- und Nationalfaschisten gegen die oppositionellen Betriebsräte und Arbeiter der Knorr-Bremse her.

Diese Tatsachen sind von entscheidender Bedeutung. Es ist selbstverständlich, daß alle, die für das kapitalistische System eintreten, sich gegen das revolutionäre Proletariat wenden müssen. Ganz besonders der Ausschlagung der revolutionären Bewegung in Berlin zwingt die Sozialdemokratie, ganz offen mit den Nationalsozialisten den Kampf gegen das revolutionäre Proletariat aufzunehmen. Je schärfer sich die Klassengegensätze zuspitzen, desto enger wird das Bündnis der National- und Sozialfaschisten. Die Arbeiter in den Betrieben müssen gerade bei der jetzt sich immer mehr verschärfenden Situation mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen die Sozialfaschisten genau wie gegen die Nationalfaschisten führen. Ein Zurückweichen vor diesem Kampf bedeutet einen jahren Fehler begehen und wird in den Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie den Arbeitern große Opfer kosten. Deshalb ist jetzt die Lösung für jeden revolutionären Arbeiter, für jede Arbeiterin, alle Kräfte zu mobilisieren zur Vorbereitung der Betriebsratswahl, damit alle Funktionen im Betrieb von christlichen, ihren Klasseninteressen ergebenden Proletariern besetzt sind.

### Der 12. Parteitag zur Betriebsarbeit

Die überragende Rolle der Großbetriebe und der Betriebszellen Revolutionäre Taktik und revolutionäre Organisation

Das Wesen der revolutionären Politik und Taktik der Kommunistischen Partei beruht auf der innigen Verbindung der ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse mit ihrem politischen Kampf, der gegen das kapitalistische System als Ganzes gerichtet ist und sich auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der proletarischen Diktatur konzentriert. Diese Aufgabe, die allein den revolutionären Charakter des proletarischen Klassenkampfes ausmacht, kann nur erfüllt werden, wenn es der Kommunistischen Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiterklasse für sich dort zu gewinnen, wo sie durch den gesamten Prozeß der Entwicklung der kapitalistischen Produktion konzentriert, zusammengedrängt, zum Klassenkampf erzogen und organisiert werden. An der kapitalistischen Produktionsstätte, namentlich in den Großbetrieben, erkennt das Proletariat am besten, daß seine Lebensinteressen sich in unüberbrückbarem Gegensatz zu den Interessen der Bourgeoisie befinden. Dort lernt es die Notwendigkeit des geschlossenen und soliden Aufstehens der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter und ihren Ausbeuterklassen, erkennt es die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, der Herstellung der proletarischen Einheitsfront auf einer wirklich revolutionären Grundlage. Deshalb ist der Betrieb die wichtigste organisatorische Schlüsselstellung bei der Durchführung der Politik der Kommunistischen Partei, von deren Gewinnung und Behauptung der Erfolg der gesamten Politik der Kommunistischen Partei sowie jeder einzelnen revolutionären Aktion in entscheidendem Maße bedingt wird.

Deshalb weist der Parteitag alle Organisationen, jedes Einzelmitglied der KPD erneut und kategorisch auf die Bedeutung der kommunistischen Arbeit im Betriebe, auf die unbedingte Notwendigkeit der Verfolgung des Schwerkampfes aller Arbeit der Parteiorganisationen wie jedes einzelnen Kommunisten auf die Betriebe hin, zum Zwecke der organisatorischen Veranfassung der revolutionären Politik in den Massen der Betriebsarbeiter. (Aus der Org.-Resolution des 12. Parteitages.)

## Die Volkszeitung windet sich

Die Verhinderung der Dresdner städtischen Werke an das Privatkapital können Lügen nicht verdrängen

Die Dresdner Volkszeitung hat wackelhäufige Anfragen gegen die Arbeiterräte erhoben, daß der Bericht über die Verhinderung der städtischen Betriebe an das private Kapital „Schwindel“ ist. Darnach sind noch einige Fieber über unser „Hinterherhinken“ ausgespielt und andere Formfälscher, die bei näherer Betrachtung nur Beweise dafür sind, daß alles, was am Berlinerplatz geschrieben wird, vergebliche Versuche sind, die „Kontrollpolitik“ der SPD zu revidieren.

Wir fühlen uns natürlich veranlaßt, den bewußten Lügner ein bisschen auf die Sprünge zu lassen und stellen als erstes fest:

Windetens zwei Stunden früher als die Dresdner Volkszeitung brachten wir am 24. Dezember die Meldung, daß die Dresdner städtischen Betriebe verstaatlicht werden sollen und haben dabei hervor, daß das ein Weihnachtsgeschenk für die Werktätigen Dresdens von der Koalition Fällbergel-Bähler ist.

Dabei hat man in der Volkszeitung, wie es ja nicht anders sein konnte, am demselben Tag die Meldung gebracht mit dem Grundton einer Rechtfertigung, daß jeder Unbefangene sofort klug werden mußte. In Sperrdruck wurde herangegeben, daß die Entschloß der Streikgesellschaft der städtischen Werke im Besitz der Stadt bleiben. Der nächste Satz lautet wörtlich:

„Es wird in erster Linie eine größere Selbstständigkeit und Wirtschaftlichkeit der Werke erstrebt.“

Was kann das anders bedeuten als die Verstaatlichung der Betriebe der Kontrolle der Öffentlichkeit zu entziehen, durch die „Selbstständigkeit“ und die „Wirtschaftlichkeit“ durch Preissteigerungen, Personalausbaue, Rationalisierung zu steigern? Es ist das dasselbe, als was wir behaupten, nur nicht so offen ausgesprochen, weil sonst die Leser der Volkszeitung gewiß den SPD-Erfolgen gegenüber noch mißtrauischer geworden wäre als sie es durch die in letzter Zeit gegen die Volksmassen begangenen Verbrechen der SPD-Koalition schon ohnehin sind.

Wir haben eben das, was die SPD gern verschweigen möchte, ausgespielt, deshalb die letzten Aussagen über kommunistische Legenden. Aber nicht nur in dem Punkt, daß wir „nachhinken“ hat die Volkszeitung mit frecher Stimm gelogen, sondern wir haben gerade in dem eingehenden Bericht vom 27. Dezember mehrfach die Ausgabe der Arbeiterräte vom 11. Oktober zitiert, worin wir bereits gegen die Bestrebungen der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsstreunde die städtischen Betriebe zu verstaatlichen, polemisierten. Wie kann man aber, wenn solche Verbrechen gegen die Dresdner Bevölkerung begangen werden, sich anders helfen als mit Lügen. Die SPD ist in der Klemme, sonst nicht!

Bergweilert raft das Blatt, das uns erst der Legendenbildung bezieht, aus:

„Aber die schlechte Klassenlage der Stadt Dresden sagt die Arbeiterräte nichts. Auch darüber äußert sie sich nicht, daß die Bürgerlichen versuchen, die unbedingt notwendigen Gelder für den Wohnungsbau zu kappen und die Sozialleistungen der Stadt zu mindern. Ob und wie das verhindert werden kann, ist bestimmt nicht Sache der kommunistischen Stadtverordneten und ihrer Partei.“

### KPD-Fraktion der städtischen Betriebe

Donnerstag den 2. Januar 1930 20 Uhr in Schu. d. Gasstätte, Flemingstraße, wichtige Fraktionsjugung.

Belle  
Dona  
27. 12.  
beren  
den H.  
metter  
Der 12.  
jahres nicht  
wirtschaftlich  
abend ermu-  
tete aber in  
das an bei-  
brachte, was  
Zukunft der  
mähig, so da  
lederen Ma-  
Schuljahr zu  
fabren in  
143 ankom-  
kommende  
Güntha  
ihre Arbeit  
Schritte und  
Wiederrufen  
familiäre W  
Nid  
In die  
Praxis  
von hier an  
Keller des  
jährigen C  
politischen  
Einigkeiten  
keinerzeit an  
Etrauf  
sticht. Er  
widersteht  
möglich ist  
Etrauf als  
auszuführen  
dem Worte  
reicht, S  
in die Welt  
ernstt  
nach nicht  
reicht, be  
Eine  
Ein  
mern. In d  
schlechter.  
Fehlert  
mühten  
Wieder be  
Von der  
und schaf  
nur mit W  
Nützen. In  
Diamanten  
mauer legen  
Berpe - R  
ber Erde  
In eine  
Strahlen mit  
Wochen in  
Polten hat  
Ab und zu  
Welt des  
über Zug u  
als wolle er  
Da rait  
hat in reich  
Erläufen he  
knappige G  
der Fällber  
Rede sie in  
War er  
der Begierde  
das hinter d  
Biertrinken  
Serum. Ab  
Mitte Welt  
einen Augen  
bedt er sich  
kammelnde